

Bernd Belina

Zur Geographie der Abstiegs-gesellschaft Der Aufstieg der Rechten – Anmerkungen zu Oliver Nachtwey und Didier Eribon

„Die werden immer zusammengekauft“, klärt mich der Buchhändler meines Vertrauens auf – „typische Urlaubslektüre“ – als ich im Sommer Didier Eribons *Rückkehr nach Reims* und Oliver Nachtweys *Die Abstiegs-gesellschaft* mitnehme, um sie – naja, im Urlaub zu lesen. Vor einem dreiviertel Jahr schon höchst aktuell, sind es beide Bücher nach wie vor und umso mehr, weil die rechten Einschläge noch mal größer geworden und nähergekommen sind: Brexit, Hofer, Trump, Mecklenburg-Vorpommern etc. Obschon weder bei Eribon noch bei Nachtwey die Analyse des Aufstiegs der Rechten im Zentrum steht, leisten beide Bücher auf ihre Art einen wichtigen Beitrag zur Ursachenforschung und haben Debatten um Kapitalismus, gesellschaftlichen Wandel und neue Rechte angeregt, wie sie auch im Redaktionsartikel in der letzten PROKLA geführt werden (PROKLA-Redaktion 2016; vgl. die Beiträge im vorliegenden Heft).¹ Was beiden

Büchern ebenso wie dem Redaktionsartikel der PROKLA aber fehlt, ist ein *systematisches Verständnis für die Geographien der Abstiegs-gesellschaft*. Warum ein solches aber gerade für den Kampf gegen den Aufstieg der Rechten notwendig ist, soll im Folgenden herausgearbeitet werden.

Zunächst zu den wichtigen Beiträgen beider Bücher. Beide betonen, wie wichtig Klassenlagen und ihre Veränderungen sind, dass es der Linken hierzulande wie in Frankreich an einer einenden Imagination fehlt, die Angehörige der Arbeiterklasse und der sich von Abstieg bedroht fühlenden Mittelschichten anspricht, und auch welche katastrophalen Folgen es hat, wenn Regierungen links der Mitte Politik gegen jene machen, die sie gewählt haben. Zum Wandel unter der Regierung Mitterrand (an der die Kommunist*innen beteiligt waren) schreibt Eribon (2016: 121):

Die linken Parteien mit ihren Partei- und Staatsintellektuellen dachten und sprachen fortan nicht mehr die Sprache der Regierten, sondern jene der Regierenden, sie sprachen nicht mehr im Namen von und gemeinsam mit den Regierten, sondern mit und für die Regierenden, sie nahmen gegenüber der Welt nunmehr einen Regierungsstandpunkt ein und wiesen den Standpunkt der Regierten verächtlich von sich, und zwar mit einer Gewalt, die von den Betroffenen durchaus als solche erkannt wurde.

1 Dieser Beitrag begann als ein Kommentar zu Eribon (2016) und Nachtwey (2016) und wurde erst später auch zu einem ebensolchen zu PROKLA-Redaktion (2016) erweitert. Das zentrale Argument wird primär in Auseinandersetzung mit den beiden Büchern entwickelt. Mein Dank für Kommentare und Kritik an einer früheren Version gilt Thomas Bürk, Daniel Mullis, Tino Petzold, Mathias Rodatz, Sebastian Schipper und Felix Wie-gand, wertvolle Hinweise zur „Erweiterung“ kamen von der PROKLA-Redaktion.

Ungenauigkeiten und Unfug gehen natürlich auf meine Kappe.

Die heutige „Zustimmung zum Front National“, so folgert er, sei „zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten“ (ebd.: 124) zu interpretieren – eine Bewertung, die aus Sicht der (PROKLA-Redaktion 2016: 527) „noch zu diskutieren“ wäre.

Auch Nachtwey spart nicht mit Kritik an der „Reduktion der sozialen Bürgerrechte“ (2016: 96), „marktbereitende[r] Staatlichkeit“ (ebd.: 97), „autoritär grundiertem Liberalismus“ und der „Erosion der *wirtschaftlichen Bürgerrechte*“ (ebd.: 101; Herv. i. O.) unter Rot-Grün sowie den Folgen dieser Politik.

Gleichwohl sind es zwei vollkommen unterschiedliche Bücher. Nachtwey (ebd.: 7f.) legt einen systematischen und mit Empirie-gesättigten Versuch vor, „am Beispiel der deutschen Entwicklung“ den „fundamentalen gesellschaftlichen Wandel, der sich in den meisten westlichen kapitalistischen Staaten vollzieht“, zu verstehen. Diesen beschreibt er als einen von der „Gesellschaft des Aufstiegs und der sozialen Integration“ zur „Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der Prekarität und Polarisierung“. Eribon hingegen werbet einen persönlichen Rückblick auf seine und die Biografien seiner Familie unter anderem mit dem Aufstieg des Front National in Frankreich, ohne dabei Systematik oder Übertragbarkeit anzustreben. Im Interview mit der Süddeutschen Zeitung wehrt er sich gegen andere Lesarten, indem er die Einstiegsfrage („Herr Eribon, Trump hat die Wahl gewonnen und ...“) unterbricht und klarstellt: „Hören Sie, ich weiß nicht, was ihr alle wollt. Ich habe ein Buch über meine Mutter geschrieben und jetzt soll ich Brexit, Trump und die Welt erklären.“²

2 „Wir müssen uns viel lauter einmischen. Soziologe Didier Eribon im Interview“, sueddeutsche.de (24.11.2016).

Ein systematisches Verständnis, ja überhaupt eine systematische Thematisierung der Geographien der Abstiegsgesellschaft, von räumlich ungleicher Entwicklung und ihrer Relevanz in Alltag, Subjektivierung und Politik, fehlen in beiden Büchern. Bei Eribon flackert das Thema immer wieder auf, wird aber dem Charakter des Buches entsprechend nicht vertieft, wenn er die Biographien mit den jeweiligen Wohnorten verbindet. So bezeichnet er die Siedlung seiner Großeltern als einen „Ort sozialer Exklusion“, „weitab vom Zentrum und von den besseren Vierteln“, an dem aber „institutionalisierte Formen von Arbeiterkultur und -solidarität“ (Eribon 2016: 42) vorhanden waren, und er beschreibt wie wichtig für seine Familie die „Sozialbausiedlung am Stadtrand [war], in die [sie] 1967 umgezogen [war]“ (ebd.: 101). Vor allem aber wird deutlich, welche Befreiung für ihn im Alter von 20 Jahren der Umzug vom Reims nach Paris bedeutete³, wo er „sein eigenes Schwulsein zusammen mit einer ganzen schwulen ‘Welt’ entdeckt“. Zugleich wird er hier als angehender Intellektueller „klassenflüchtig“, indem er „auf mehr oder weniger permanent darauf bedacht [ist, seine] soziale Herkunft abzustreifen, sie von [sich] fernzuhalten und dem Milieu [seiner] Kindheit zu entfliehen“ (ebd.: 23). Diese „Klassenflucht“, so Eribon, ist harte Arbeit praktischer und emotionaler Art, denn „[a]ls Arbeiterkind spürt man die Klassenzugehörigkeit am ganzen Leib“ (ebd.: 91).⁴ Dies

3 Wie Bourdieu (1997: 165) feststellt, sind „Ortswechsel zwischen Hauptstadt und Provinz in beiderlei Richtung [...] ein guter Indikator für die in [...] [individuellen] Kämpfen [um die Aneignung des Raums] erreichten Erfolge bzw. erlittenen Niederlagen“.

4 Ähnlich unlängst Hannes Wader, der seine soziale Herkunft im gleichen Lied

beginne früh, im „gesellschaftliche[n] Spiegelstadium, das mit einer Bewusstwerdung und einer Erkenntnis der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Milieu einhergeht, in dem bestimmte Verhaltens- und Handlungsweisen vorherrschen“ (ebd.: 89), und in das neben den „historischen“ auch die „geografischen (oder urbanistischen) Gegebenheiten“ (ebd.: 88) eingehen. Anders formuliert: Auch *wo* wir leben macht uns zu dem, *was* bzw. *wer* wir sind. Dieser Aspekt fehlt bei Nachtwey leider gänzlich. „Konflikte um Wohnraum und urbane Lebensqualitäten“ und dass „[d]er urbane Raum [...] stets auch Arena sozialer Konflikte [war]“ (Nachtwey 2016: 200), werden mit Verweis auf David Harvey (2013) nur *en passant* erwähnt, aber nicht weiter vertieft.

Dabei geht Harvey im erwähnten Band (und allgemein die Debatte in der *Radical Geography*) deutlich weiter als die Stadt nur als „Arena“ zu begreifen, *in der* Klassenkampf stattfindet. Harvey versteht sie vielmehr als Ort, *an dem und durch den hindurch* Klassenformierungsprozesse vonstattengehen, was zu je spezifischen Konstellationen und daraus resultierenden Kämpfen führt. Der Alltag im „soziale[n] Milieu [...], in dem Kämpfe ausgefochten werden“ (Harvey 2013: 232), ist komplexer als jener am Arbeitsplatz, weil er stärker als jener zusätzlich zu Klasse auch durch „Geschlecht, Hautfarbe, Ethnizität, Religion und Kultur“ (ebd.) mitgeprägt ist. Städtische Kämpfe um z.B. Wohnraum, materielle und soziale Infrastrukturen, Migration u.v.a.m. können ihm zufolge den Klassenkampf am Arbeitsplatz nicht

nur entscheidend tragen und dadurch stärken, sie erlauben darüber hinaus das Gemeinsame all der Arbeiten und Arbeitenden herauszustellen, die zu Produktion und Reproduktion des Urbanen vonnöten sind. Dazu gehören auch und gerade die vergeschlechtlichte Reproduktions- und die prekarierte Lohnarbeit, deren Bedeutung Nachtwey zu Recht hervorhebt. Solche Kämpfe, bei denen ausgehend vom konkreten Alltag Klassen- zusammen mit anderen sozialen Lagen artikuliert werden, finden nicht nur in üblicherweise als städtisch wahrgenommenen Räumen statt, sondern im Sinne der „vollständigen Verstädterung der Gesellschaft“ (Lefebvre 1972: 7; Herv. i.O.; vgl. Harvey 2013: 18) ganz genauso in meist als „Speckgürtel“, „Kleinstadt“ oder „Land“ gekennzeichneten Räumen, in Zentren ebenso wie in der Peripherie, im räumlichen Maßstab der Nachbarschaft ebenso wie in jenem der Stadt oder der Region.

Das grundlegende Argument, demzufolge abstrakte Verhältnisse wie Klassenlagen nur im räumlich situierten Alltag konkret werden, hat Henri Lefebvre (1974: 465; Herv. i.O.) vor über 40 Jahren Zeit so formuliert: „Die sozialen Verhältnisse, konkrete Abstraktionen, haben keine echte Existenz außer im und durch den Raum. *Ihre Grundlage ist räumlich.* Die Verbindung ‘Grundlage – Verhältnis’ bedarf in jedem Einzelfall der Analyse.“⁵ Erst in der „Einheit des Mannigfaltigen“ (Marx 1857: 632) im Konkreten, so Lefebvre und Harvey, werden abstrakte Antagonismen wahr; hier werden sie erfahren, hier können sie in ihrer Komplexität angegangen werden. Das gilt auch und gerade für die in PROKLA-Redaktion (2016) kenntnisreich und in ihren Verstrickungen zusammengetragenen

als „Unterschicht“ bezeichnet: „Niedere Abkunft saugt sich an dir fest wie feuchter Lehm, zieht alles runter, was nach oben will“ (in „Wo ich herkomme“ auf *Sing*, Universal 2015).

5 Übersetzungen durch den Autor.

Entwicklungen des globalen Kapitalismus, der sozialen Reproduktion, des gesellschaftlichen Metabolismus, der geopolitischen Verschiebungen oder der Spaltungen innerhalb der Machtblöcke, die allesamt auf spezifische Weise den Aufstieg der Rechten ermöglicht haben. Der theoretische wie ganz praktische Ort, an dem diese Verschiebungen zu Subjektivierungen, Klassen- und anderen Gruppenformationsprozessen sowie zu alltäglichen Kämpfen werden, und an dem die „Entkoppelung der Alltagserfahrung unterschiedlicher Gruppen in ihrem Verhältnis zum Staat“ (ebd.: 529) real und wirkmächtig wird, ist der konkrete Raum des Alltags, der sich in Folge der räumlichen ungleichen Entwicklung in verschiedenen Weltgegenden, Staaten, Regionen und Stadtteilen je unterschiedlich darstellen und erfahren werden kann.

Wenn konkrete Räume als Orte der Klassenformation relevant sind, dann ist es zur Charakterisierung der Kämpfe und zur Formulierung einer progressiven Position entscheidend, wo diese Kämpfe stattfinden. Die Orte der Kämpfe wurden durch je spezifische Ausprägungen gesellschaftlicher Verhältnisse sowie solcher zwischen Natur und Gesellschaft produziert, als Terrain der Auseinandersetzung *sind* sie deshalb auch unterschiedlich. Geschlechterverhältnisse etwa sind regional unterschiedlich ausgeprägt und erlauben unterschiedliche kapitalistische Inwertsetzung. So hat Doreen Massey (1994: 189; Herv. i.O.) herausgestellt, „wie die britische Industrie regionale Differenzierungen im System der Geschlechterverhältnisse *aktiv genutzt* hat“, indem sie in den 1960er und 1970er Jahren in Kohleregionen, in denen „Männerarbeitsplätze“ in den Minen abgebaut wurden, neu geschaffene Jobs mit weit billigeren, da traditionell schlecht organisierten und zu Teilzeit bereiten Frauen besetzt hat. In ähnlicher Weise hat Linda

McDowell (2010: 653) gezeigt, dass und in welcher Weise die „City [of London] eine vergeschlechtlichte Arena ist, in der ein spezifisch männliches Set an Verhaltensweisen höher bewertet wird als andere Arten, zu arbeiten“. Ähnliche Unterschiede finden sich auch bezüglich lokal und regional verschieden ausgeprägter Beziehungen rund um *race* und Ethnizität, oft infolge spezifischer Migrationsgeschichten (Gough 2013: 253). Harvey (2007: 108) argumentiert, dass Regionen sich voneinander unterscheiden, weil in ihnen „Produktion, Vertrieb, Austausch und Konsumtion, Angebot und Nachfrage (vor allem an/nach Arbeitskraft), Klassenkampf, Kultur und Lebensstile innerhalb eines offenen Systems zusammen[hängen], das dennoch eine Art von ‘strukturierter Kohärenz’ zeigt“ – und dass all das ein unmittelbares oder über lokale Kräfteverhältnisse vermitteltes Resultat der Zirkulation des Kapitals durch den globalen Raum ist. Ob in Städten Rechtsradikale sichtbar in öffentlichen Räumen präsent sind, hängt dann u.a. davon ab, welche Position die Stadt in globalen Kapitalströmen innehat und, damit zusammenhängend, in welcher Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen Klassen und politischen Positionen der Stadtraum produziert wurde (Bürk 2012).

Ganz ähnlich argumentiert Bourdieu (auf den Eribon – wenn auch nur *en passant* – immer wieder verweist), wenn er schreibt, dass „sich der Sozialraum im physischen Raum zur Geltung [bringt]“ (1997: 160). Mit dem „Sozialen Raum“ oder „Sozialraum“ bezeichnet er sozialontologisch den „Raum von Beziehungen“ (Bourdieu 1985: 13; Herv. i.O.), der mittels der Verfügbarkeit über die verschiedenen Kapitalformen (ökonomisch, kulturell, sozial, symbolisch) aufgespannt wird und die „relativen Stellung[en]“ (ebd.: 10; Herv. i.O.) von „Akteure[n] oder Gruppen von Akteuren“ (ebd.) objektiv bestimmt.

In Abgrenzung zur marxistischen Tradition (de facto: der KPF seiner Zeit), die „die soziale Welt auf das Feld des Ökonomischen reduziert“ (ebd.: 31) und „damit die jeweilige Position in den übrigen Feldern und Teilfeldern, insbesondere den kulturellen Produktionsverhältnissen, unter den Tisch fallen läßt“ (ebd.), versteht er Klassen zwar als „Ensembles von Akteuren mit ähnlichen Stellungen“ (ebd.: 12), die aber ganz nominalistisch lediglich Theoriekonstrukte von Wissenschaftler*innen sind. Gleichwohl konzediert er, dass die Mobilisierung dieser „wahrscheinliche[n] Klasse [...] weniger objektive Schwierigkeiten bereitet“ (ebd., Herv. i.O.) als jene anderen Gruppen. Zum Zusammenhang von sozialem und physischem Raum schreibt er: „Die Position eines Akteurs im Sozialraum spiegelt sich in dem von ihm eingenommenen Ort im physischen Raum wider“ (Bourdieu 1997: 160). Einmal in den physischen Raum eingeschrieben, werden sich die „solcherart *naturalisierte*[n] soziale[n] Strukturen [...] sukzessive in Denkstrukturen und Prädispositionen verwandeln“ (1997: 162; Herv. i.O.), also für selbstverständlich genommen werden.

Auf diese Weise werden Räume produziert, deren Charakteristika in Form lokaler oder regionaler Identitäten selbst Elemente der Subjektivierungen werden. Zu den zentralen Differenzlinien der Identitätsbildung wie „arm – reich“, „männlich – weiblich“ oder „deutsch – ausländisch“ können demnach raumbezogene hinzukommen, wie etwa „angestammt – zugewandert“, „Nord – Süd“, „Ost – West“ oder „Stadt – Land“ (Lutz/Wenning 2001: 20). Identitäten und Räume sind in dieser Hinsicht „ko-konstitutiv“ (Massey 1999: 29).

In der *Radical Geography* wurde die Frage des Zusammenhangs von konkretem Ort und Identität unter dem Label „*sense of place*“ (in etwa: „Ortsverbundenheit“,

„lokale/regionale Identität“ oder auch „Heimatgefühl“) in den 1990er Jahren intensiv diskutiert. Ausgangspunkt war die Beobachtung, dass solche aus Alltagserfahrungen erwachsenen, positiven und subjektiven Bindungen an konkrete Orte in der progressiven wie in der konservativen politischen Praxis immer wieder relevant werden, dass dies aber theoretisch in phänomenologischen und anderen auf Individuen zentrierten Theorietraditionen diskutiert wird, nicht aber in der kritischen Gesellschaftstheorie. David Harvey (1990: 52) erklärt das Erstarken solcher Ortsverbundenheiten damit, dass die Eigenschaften von Orten [*places*] und ihre Unterschiede zu anderen Orten in der globalisierten ökonomischen Konkurrenz an Bedeutung gewinnen, „weil das internationale Kapital sie nunmehr besser ausnutzen kann“ (ebd.). In ihrem erstmals 1991 in *Marxism Today* veröffentlichten, inzwischen klassischen Beitrag „A Global Sense of Place“ stellt Doreen Massey (zit. nach 1994) einer reaktionären Auffassung, nach der der konkrete Ort nach innen homogen, nach außen klar räumlich abgegrenzt und von einer *community* bewohnt sei, ein „progressives“ Ortsverständnis gegenüber. Basierend auf den tatsächlichen urbanen Alltagserfahrungen in der globalisierten Welt, die sie anhand des Londoner Stadtteils Kilburn illustriert, der gerade keine homogene Identität hat, sondern viele sich überlappende, und gerade nicht klar nach außen abgegrenzt, sondern in vielfache Verflechtungen eingebunden ist, bestimmt sie ein progressives Verständnis von „*place*“ als „spezielle Konstellation sozialer Beziehungen, Zusammentreffen und Verflechtungen an einem bestimmten Ort [*locus*]“ (ebd.: 154), von denen ein großer Teil „auf einer weit größeren räumlichen Maßstabsebene konstruiert wird als jener, die wir im jeweiligen Augenblick als den

Ort [*place*] selbst verstehen“ (ebd.). Sich an einem so verstandenen Ort heimisch zu fühlen und ebendies in der und für die politische Praxis zu mobilisieren, bedeute einen „progressive sense of place“ (ebd.: 151).

Alltag findet in konkreten Räumen mit je spezifischen Materialisierungen von Klassen-, Geschlechter- und ethnisierten Verhältnissen statt. Je nachdem, wie und durch welche Strategien und Kämpfe hindurch sich abstrakte gesellschaftliche Widersprüche in (sub-) lokalen und regionalen Kontexten konkretisieren und dabei urbanen ebenso wie ruralen Raum produzieren, der selbst Element von Subjektivierungen und Klassen- und anderen Gruppenformationen wird, stellt sich das Terrain der Auseinandersetzung auch und gerade mit der AfD und anderen Rechten unterschiedlich dar. Wie die Räume beschaffen sind, in denen die französische Arbeiterklasse sich von der Kommunistischen Partei entfremdet hat, wird bei Eribon angedeutet. Um genauer in den Griff zu kriegen, in welchen Räumen die von Abstieg sich bedroht fühlenden Mittelschichten die AfD wählen und wie und von wem diese Räume produziert wurden, gälte es empirisch zu klären, um besser zu verstehen, was rechte, rassistische und sexistische Positionen im jeweiligen Kontext zustimmungsfähig macht. Eine solche Empirie steht weitgehend noch aus. Das in PROKLA-Redaktion (2016: 527) oder anderswo zusammen getragenen Wissen über die Wähler*innen der AfD, nach dem diese etwa „hinsichtlich ihrer ökonomischen Situierung [...] heterogener [ist] als die anderer rechtspopulistischer Parteien in Europa“, sich aber ein „Zusammenhang [...] mit Blick auf den formalen Bildungsabschluss feststellen [läßt]“, gilt es zu vertiefen. Für ein *systematisches Verständnis der Geographie der Abstiegs-gesellschaft* sind insbesondere räumliche Differenzierungen

inklusive sozialstruktureller sowie auch qualitativer Vertiefungen vonnöten.

Um solchen räumlichen Differenzierungen auf die Spur zu kommen, kann die Darstellung von Daten und Statistiken in thematischen Karten aufschlussreich sein und zur Hypothesengenerierung genutzt werden (merke: Karten sind selten die Antwort, helfen aber oft dabei die richtigen Fragen zu stellen). Solche Karten werden nach den jeweiligen Wahlen und Referenden in Online-Medien regelmäßig bereitgestellt (wohl um Klicks zu generieren, weil Leser*innen wissen wollen, wie „bei ihnen“ abgestimmt wurde). So wie sie zeigen, dass der Brexit insbesondere im altindustrialisierten östlichen Mittelengland mehrheitsfähig war⁶, dass Trump v.a. im Rust Belt⁷ und Hofer besonders in ländlichen Gegenden⁸ punkten konnten, so schreien die AfD-blauen Einfärbungen am nord- und südöstlichen Rand Berlins⁹ oder jene im Osten Mecklenburg-Vorpommerns¹⁰ förmlich nach Klärung der spezifischen Verhältnisse vor Ort.

Diese Differenzierungen wären auf Zusammenhänge mit sozialstrukturellen Merkmalen zu prüfen, die sich in räumlich ungleicher Entwicklung materialisieren. Um die Bedeutung von „Abstieg“ im Alltag zu operationalisieren, könnte es sich beispielsweise lohnen, in den Blick zu nehmen, dass die Niedriglohnquote von

6 „How Britain Voted in the E.U. Referendum“, nytimes.com (24.6.2016).

7 „How Trump Reshaped the Election Map“, nytimes.com (8.11.2016).

8 „Präsidentenwahl: Alle Gemeindeergebnisse auf einen Blick“, derstandard.at (4.12.2016).

9 „Abgeordnetenhauswahl 2016 in Berlin. Alle Stimmen der 1779 Wahllokale“, <http://berlinwahlkarte2016.morgenpost.de>.

10 „Wahl zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern 2016“, wahlen.mvnet.de (9.9.2016).

Hamburg (15,5%) weit entfernt von jener Mecklenburg-Vorpommerns ist (35,5%)¹¹, oder die Kaufkraft im Landkreis Starnberg bei 31.850 Euro pro Kopf, jene im Landkreis Görlitz mit 17.194 Euro pro Kopf bei knapp über der Hälfte¹². Für „Abstieg-sangst“ scheint mir ein hierzulande noch immer zu wenig diskutiertes Phänomen zentral (zu werden): die private Verschuldung, die für Prekarisierte und Hartz IV-Empfänger*innen oft das letzte Mittel darstellt, alltägliche Kosten zu decken, bei Mittelschichtangehörige hingegen häufig aus im Vertrauen auf eine „sichere“ Zukunft getätigtem Wohneigentums- oder kostspieligem Konsumgütererwerb resultiert. „Was durch Schulden/Kredit enteignet wird“, so Maurizio Lazzarato (2013: 23), „sind nicht nur Reichtum, Wissen und die ‘Zukunft’, sondern noch grundlegender das Mögliche.“ Während im Landkreis Eichstätt bei 3,79 Prozent der über 18-Jährigen zu vermuten steht, dass sie ihre Schulden dauerhaft nicht werden begleichen können, liegt dieser Wert in Bremerhaven bei 20,80 Prozent.¹³ Schulden sind dort, wie in zahlreichen anderen altindustrialisierten Regionen Westdeutschlands, individualisiert und oft genug als aussichtslos erfahrener Teil des Alltags. Dort, so kann vermutet werden, sehen sich beträchtliche Teile der Bevölkerung einer Enteignung ihrer Zukunft und des Möglichen durch anonym wirkende Kräfte ausgesetzt, was im Alltag, so Zygmunt Bauman (2016), leicht auf die diskursiv und physisch präsenten Stellvertreter*innen des Globalen projiziert werden kann: auf Geflüchtete.

Doch ob dem so ist bzw. welche ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Verschiebungen in welcher Weise im Alltag vor Ort ankommen und gegebenenfalls zu einem Rechtsruck beitragen, kann nur verstanden werden, wenn die Zusammenhänge vor Ort qualitativ vertieft werden. Zentral ist dann die Frage, welcher Reim auf die Verschiebungen im alltäglich angeeigneten und gelebten Raum hegemonial bzw. vorhanden ist und wie sich das auf individuelle Subjektivierungen sowie Klassen- und andere Gruppenformierungsprozesse auswirkt. Ein „Bindeglied“ zwischen im Raum materialisierten sozialen Verhältnissen und der Zustimmung zu rechten Positionen stellt vermutlich das mehr oder weniger „reaktionäre“ bzw. „progressive“ individuelle oder hegemoniale Ortsverständnis dar. Daran entscheidet sich u.a., ob z.B. Differenzen und Veränderungen durch Migration als Bereicherung, als bedrohlich oder im Sinne einer auf Zentralität und Differenz basierenden „urbanen Praxis“ (Lefebvre 1972) als normaler und nicht weiter zu thematisierender Teil städtischen Lebens angesehen werden.

Das Ergebnis solch raumsensibler Analysen, soviel scheint sicher, wird weit differenzierter sein und zu weit differenzierteren Strategien führen, als ein allgemeiner, geographisch aber unspezifischer Zusammenhang zwischen den Verschiebungen von Klassenlagen und der Zustimmung zu rechten Positionen. Um den Aufstieg der Rechten zu verstehen, ist ein *systematisches Verständnis der Geographie der Abstiegs-gesellschaft* notwendig. Wir müssen uns damit beschäftigen, wie der Kapitalismus ungleiche Räume mit je spezifischen sozialen Lagen und Identität(sangebot)en (re-)produziert, wie und warum derzeit in welchen dieser produzierten Räume die Rechte erfolgreich zu mobilisieren in der Lage ist, und schließlich, warum die Linke bislang

11 „Anteil der Niedriglohnempfänger wächst rasant“, zeit.de (11.12.2016).

12 „Kaufkraft der Deutschen steigt 2016 um 2 Prozent“, gfk.com (14.12.2015).

13 „SchuldenAtlas Deutschland. Jahr 2016“, creditreform.de.

keine Strategien für diese offensichtlich geographisch spezifischen, strukturellen Widersprüche anzubieten hat.

Eine letzte Anmerkung: Auch die Lebenswelten und die Forschungsschwerpunkte linker Akademiker*innen haben eine Geographie. Ähnlich wie Journalist*innen in den Metropolen der Ost- und Westküste der USA sich nach Trumps Wahlsieg eingestehen mussten, dass sie die Gegenden, in denen dieser Sieg vor allem eingefahren wurde, kaum kannten, sollten auch wir zur Kenntnis nehmen, dass wir weit überdurchschnittlich in Großstädten leben und, wenn wir Stadt- oder Regionalforschung betreiben, meist ebensolche, ggf. zusammen mit ihrem Umland, beforschen. Forschungsarbeiten zu Klein- und Mittelstädten hingegen scheinen „eine aussterbende Spezies“ (Bürk 2012: 59) zu sein. Ein systematisches Verständnis der Geographie der Abstiegs-gesellschaft aber macht es notwendig, auch Vor-, Klein-, Mittelstädte und ländliche Regionen in den Blick zu nehmen, in denen nach wie vor die große Mehrheit der Bevölkerung lebt.

Literatur

- Bauman, Zygmunt (2016): *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*. Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Bourdieu, Pierre u.a.: *Das Elend der Welt. Zeugnisse alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*. Konstanz: 160-167.
- (1985): Sozialer Raum und „Klassen“. In: *Sozialer Raum und „Klassen“/Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen*. Frankfurt/M.: 7-46.
- Bürk, Thomas (2012): *Gefahrenzone, Angsttraum, Feindesland? Stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten*. Münster.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. Frankfurt/M.
- Gough, Jamie (2013): Marxistische Geographie statt Vergleichender Kapitalismusforschung: Der Unterschied von lokalem und nationalem Kapitalismus und wieso lokale Kapitalismen sich unterscheiden. In: Bruff, Ian u.a. (Hg.): *Vergleichende Kapitalismusforschung: Stand, Perspektiven, Kritik*. Münster: 242-257.
- Harvey, David (2013): *Rebellische Städte*. Frankfurt/M.
- (1990): Zwischen Raum und Zeit: Reflektionen zur Geographischen Imagination. In: Belina, Bernd/Michel, Boris (Hg.): *Raumproduktionen. Beiträge der Radical Geography, Eine Zwischenbilanz*. Münster 2007: 36-60.
- (2007): *Räume der Neoliberalisierung*. Hamburg.
- Lazzarato, Maurizio (2013): *Governing by Debt*. South Pasadena.
- Lefebvre, Henri (1974): *La Production de l'Espace*. Paris.
- (1972): *Die Revolution der Städte*. München.
- Lutz, Helma/Wenning, Norbert (2001): Differenzen über Differenz. In: Lutz, Helma/Wenning, Norbert (Hg.): *Unterschiedlich verschieden*. Opladen: 11-24.
- Marx, Karl (1857): Einleitung zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 13. Berlin 1969: 615-642.
- Massey, Doreen (1999): Philosophy and politics of spatiality: some considerations. In: *Power-geometries and the politics of space-time*. Heidelberg: 27-42.
- (1994): *Space, Place, and Gender*. Minneapolis.
- McDowell, Linda (2010): Capital Culture Revisited: Sex, Testosterone and the City. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 34(3): 652-658.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Frankfurt/M.
- PROKLA-Redaktion (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand. In: *PROKLA* 46(4): 507-542.

Michael Wendt

Der Mythos des globalen Kapitalismus und die Aktualität des Nationalen

Zur Argumentation der PROKLA-Redaktion in ihrem Text *Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand* (PROKLA 185) habe ich drei grundlegende Einwände vorzubringen: Der erste richtet sich gegen die Annahme eines globalen Kapitalismus, der von einer ebenfalls internationalen herrschenden Klasse, die über ein „umfassenderes Wissen über die Krise“ (519)¹ verfügt, regiert oder gesteuert würde. Die Redaktion sieht eine neue Form des Gemeinwesens und bezeichnet dessen politische Gestalt als „neue historische, neoliberale und transnationalisierte Staatsform“ (531). Der zweite Einwand richtet sich gegen die These einer allgemeinen „Krise des finanzdominierten Akkumulationsregimes“ (514ff.), das die Rolle der ökonomischen Basis für die politischen und ideologischen Überbauten einnehmen soll, die durch diese neue Form politischer Regulierung und durch eine Spaltung des hegemonialen Blocks an der Macht gekennzeichnet sei. Das ist eine theoretische Konstruktion – um eine Analyse kann es sich wegen der fehlenden empirischen Belege nicht handeln –, doch hat sie weitreichende Folgen, insbesondere bei der Einschätzung der „Krise der Europäischen Union“ (520).

1 Alle Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf: PROKLA-Redaktion (2016): *Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand*. In: PROKLA 46(4): 507-542

1. Was bleibt vom Nationalstaat?

Die Debatte über die Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise durch die Durchsetzung und darauf folgende Dominanz des Weltmarkts hat eine lange Tradition in der Theorie- oder Dogmengeschichte des Marxismus. Es geht darum, ob das sogenannte Wertgesetz sich auf der internationalen oder nach wie vor auf der nationalen Ebene durchsetzt. Wenn ersteres der Fall ist, dann sind die Nationalstaaten gezwungen, ihre politischen Funktionen und Entscheidungen nach den Erfordernissen des international fixierten Gesamtproduktionsprozesses, der ihre Handlungen bestimmt, auszurichten. Marx war noch von einem Gesamtkapital, das sich als Nationalkapital konstituiert, ausgegangen. Er hat aus der „spezifische[n] ökonomische[n] Form, in der die unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird“, dem daraus resultierenden „Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis“ und der „Gestaltung des ökonomischen Gemeinwesens“ dessen „spezifische politische Gestalt“ abgeleitet (1894: 799). Das war damals der Nationalstaat. Wenn wir fragen, ob das heute unter den Bedingungen eines globalen Kapitalismus noch gilt, so zielt diese Frage darauf, ob die Formen der „Auspumpung der Mehrarbeit“ nach wie vor national bestimmt sind, auch wenn sie durch die Rückwirkungen des auswärtigen Handels modifiziert werden. Die

Arbeitslöhne und die aus dem Mehrwert resultierenden Profitraten werden noch national bestimmt. Das gilt auch, wenn sich auf internationalen Märkten produktivere oder intensivere nationale Arbeiten mit weniger produktiven nationalen Arbeiten tauschen. Die Verschiedenheit nationaler Arbeitslöhne bleibt erhalten (Marx 1890: 584). Dagegen wird eingewandt, dass das moderne ökonomische Gemeinwesen heute die moderne kapitalistische Weltwirtschaft sei. Diese These kann nicht erklären, warum zentrale Größen der kapitalistischen Produktionsweise, Löhne, Mehrwert und Profitraten nach wie vor national bestimmt werden. Die wesentlichen Bestimmungen des Werts der Arbeitskraft werden national geregelt. Die Bedingungen des Weltmarkts wirken hier, erzwingen durch niedrige Löhne Anpassungen und können bei überdurchschnittlich hoher Arbeitsproduktivität auch bestimmte Spielräume in der Entwicklung des Werts der Arbeitskraft nach oben ermöglichen. Auch ohne den Blick auf die Werttheorie ist empirisch offensichtlich, dass die Arbeitsproduktivität in unterschiedlichen nationalen Gesellschaften verschieden hoch ist und diese Differenzen zu hohen und sich vergrößernden Leistungsbilanzsalden zwischen einzelnen Ländern geführt haben. Die Krise in der Europäischen Währungsunion (EWU) ist dadurch gekennzeichnet, dass die gemeinsame Währung und die gemeinsame Geldpolitik einen Ausgleich unterschiedlicher Arbeitsproduktivität über sich anpassende nominale Wechselkurse ausschließen und die Produktivitätsdifferenzen dabei gestiegen sind. Die EWU wurde bei ihrer Gründung ohne politische Union konstruiert und die ökonomischen Differenzen haben sich in der mittleren Frist nicht verringert, sondern erhöht. Die Internationalisierung der Kapitalmärkte hat diese Unterschiede weiter vertieft, da

die Zinshöhen für nationale Staatsanleihen enorm auseinandergelaufen waren und die Währungsunion mehrere Rettungspakete beschließen und die Zentralbank ihre geldpolitischen Kompetenzen erweitern musste, um die Währungsunion nicht scheitern zu lassen. Diese Entwicklungen wurden geprägt durch die Machtkämpfe zwischen den Regierungen verschiedener Staaten der Eurozone. Das waren Machtkämpfe, in denen sich die EZB ab 2012 gegen den deutschen Ordoliberalismus in der Geldpolitik durchsetzen konnte. Die deutsche Bundesregierung konnte wiederum der EU ihr Modell einer rigiden Fiskalpolitik mit Schuldenbremse diktieren. Das hat mit einer neuen „neoliberalen und transnationalen Staatsform“ nichts zu tun. Auch das „umfassendere Wissen über die Krise“ war bei der Steuerung der Krisenfolgen nicht zu erkennen. Für kurze Zeit wurden mit Erfolg Ansätze einer keynesianischen Konjunkturpolitik umgesetzt, danach jedoch wieder dem üblichen neoklassischen Kurs geopfert. Die Konflikte um diese Kurswechsel wurden über die Nationalstaaten auf die europäische Ebene gehoben und in einem ordnungspolitischen Rahmen nach dem Kanon des ordoliberalen Wirtschaftsmodells fixiert. Das waren Resultate heftiger Machtkämpfe. Die deutsche Regierung konnte sich in diesem Prozess eingeschränkt durchsetzen. Auf den neuen geldpolitischen Kurs der EZB hatte sie wenig Einfluss. In beiden Streitfragen, der restriktiven Fiskalpolitik und einer straffen Geldpolitik gegen die Entscheidungen der EZB hat sie eine breite Unterstützung in der deutschen Bevölkerung.

2. Wie finanzialisiert ist der moderne Kapitalismus?

Auch die Konstruktion eines finanzdominierten Kapitalismus hat eine lange

Tradition in der Entwicklungsgeschichte des Kapitalismus. Historisch geht sie auf die Geschichte der Geld- und Kredit-schöpfung seit der Erfindung der Papiergeldschöpfung durch Goldschmiede im 17. Jahrhundert zurück (Binswanger 2015: 57ff.). Marx hatte die abstrakte Form der Steuerung der kapitalistischen Produktionsweise durch Geld mit der Formel $G - W - G'$ umrissen. Er ging davon aus, dass zu Beginn der Produktion der Kapitalwert durch „wirkliches Geld“ vorgeschossen wird und dann zu dem „in den Produktionsmitteln und der Arbeitskraft existierenden Wert“ wird (Marx 1863–1868: 311). Die in der Warenproduktion und Warenzirkulation fungierenden Wertgrößen sind Geldgrößen. Zur Initialisierung des kapitalistischen Kreislaufs wird Kredit als Geldgröße vorgeschossen und muss sich in diesem Kreislauf verwerten. Aus der Sicht der Grenznutzentheorie wurde diese initiierende Rolle des Kredits als Schaffen neuer Kaufkraft „aus Nichts“ (Schumpeter 1924: 109) analysiert. John M. Keynes hat einige Jahre später eine „monetäre Theorie der Produktion“ formuliert, deren zentrale These war, dass sich Einkommen und Preise ändern müssen, bis das neue Niveau der Einkommen und der dadurch beeinflussten Preise „gleich dem durch das Bankensystem geschaffenen Geldbetrag geworden ist“ (Keynes 1936: 73). Aus der Sicht von Keynes war der Finanzmarkt der dem Gütermarkt und dem Arbeitsmarkt grundsätzlich vorausgesetzte und diese damit dominierende Markt. In der marxistischen Tradition wurden diese Prozesse eher schief als „Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital“ zum „Finanzkapital“ (Hilferding) oder als „Untergrabung“ der Warenproduktion durch die „Genies der Finanzmenschenschaften“, denen die „Hauptprofite zufallen“ (Lenin 1917: 212), zu kennzeichnen versucht.

Aus dieser Rückschau betrachtet, ist der finanzdominierte oder finanzgetriebene Kapitalismus nichts Neues. Die Debatten prägten die strategischen Diskurse der Arbeiterbewegung. Er wurde als neue Phase des Kapitalismus verstanden, weil die frühe Interpretation von Marx' *Kapital* das Verständnis von Kapitalismus als Güterwirtschaft geprägt hatte und Marx' Geld- und Kredittheorie erst spät rezipiert wurde. Historisch ist er mit der Herausbildung eines entwickelten Bankensystems und der Geldschöpfung und Geldpolitik der ersten Zentralbanken entstanden. Dabei kannte Marx die von Walter Bagehot (1826–1877) entwickelte Theorie der Zentralbank als Kreditgeber der letzten Instanz (*Lender of Last Resort*) noch nicht. Marx hat aber im 3. Band des *Kapital* die Auseinandersetzung zwischen der Currency School und der Banking School als Konflikt zweier unterschiedlicher Geld- und Kredittheorien kommentiert. Er hat die an der Quantitätstheorie des Geldes von David Ricardo (1772–1823) orientierte Currency School kritisiert und war auf der Seite einer geldtheoretischen Strömung, die sich für einige Jahre in der Geldpolitik durchsetzen konnte.

Dass heute ein finanzdominierter Kapitalismus als eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung verstanden wird, hängt mit der unmittelbaren Vorgeschichte zusammen. Das war der Zerfall des Systems von Bretton Woods mit seinen politisch regulierten Wechselkursen und seinen kontrollierten Kapitalmärkten. Zu dieser relativ kurzen Phase eines „organisierten“ Kapitalismus und einer an Vollbeschäftigung orientierten makroökonomischen Konjunktursteuerung steht der moderne Kapitalismus mit flexiblen Wechselkursen und den deregulierten internationalen Finanzmärkten im Gegensatz. Wir haben es unstrittig mit einem Prozess der

stärkeren Finanzialisierung der kapitalistischen Produktion zu tun. Auch aus einer postkeynesianischen Sicht oder in wirtschaftssoziologischen Studien werden diese Entwicklungen näher untersucht. Die spannenden Fragen zielen bei der Analyse dieser Prozesse einer Finanzialisierung im modernen Kapitalismus auf mikroökonomische Fragen, wie der Rolle von Finanzinvestoren für Unternehmen, die über Aktien, Gesellschaftsanteile und Anleihen finanziert werden. Hier müssen wir unterscheiden zwischen der Finanzialisierung der Profite, wie sie durch Spekulation auf den Finanzmärkten möglich wird, und einer Unternehmenskontrolle durch Finanzinvestoren, die mit dem Begriff vom *Shareholder Value* thematisiert wird. Der zweite Typ der Fragestellungen erfolgt aus makroökonomischer Sicht. Hier geht es um das Verhältnis des Finanzsektors zur Produktion oder um die Finanzierungsbedingungen der leistungswirtschaftlichen Seite der Wertschöpfung (Voy 2016). Diese leistungswirtschaftliche Seite wird oft „realwirtschaftlich“ genannt. Das ist irreführend, da die reale Wertschöpfung üblicherweise eine inflationsbereinigte Wertschöpfung bezeichnet. Aus der Sicht einer monetären Theorie wird die Leistungsseite der Wertschöpfung über Kredite finanziert und drückt sich in Preisen, also monetären Größen aus. Realwirtschaft ist ein Begriff, den Neoklassik und Neomarxismus teilen: Ein Verständnis von Kapitalismus als Güterwirtschaft, dem der Finanzsektor gegenübergestellt wird. Es ist eine Dichotomie von Realwirtschaft und Finanzwirtschaft, die auf der expliziten oder impliziten Annahme des neutralen Geldes beruht. Auf diesem Verständnis basieren auch die am Modell des Gleichgewichts orientierten Vorstellungen eines „überbordenden“ Finanzsektors oder einer „Entkopplung“ von realwirtschaftlicher

und monetärer Akkumulation. Kapitalistische Produktion ist monetäre Produktion. Die Befunde empirischer Untersuchungen aus postkeynesianischer und wirtschaftssoziologischer Sicht zeigen verschiedene Grade der Finanzialisierung auf makroökonomischer Ebene (Faust u.a. 2017; Detzer/Hein 2016). Sie sind national unterschiedlich ausgeprägt. Aus der mikroökonomischen Sicht wird die These von der direkten Steuerung durch kapitalmarktorientierte Finanzinvestoren allerdings nicht bestätigt. Ein Handlungszentrum, in dem sich konkurrierende Investoren verständigen und das mit „umfassenden Wissen“ ausgestattet ist, kann es in einer Konkurrenzwirtschaft nicht geben. Da sich der Wert, damit er sich auf dem Markt realisieren kann, in bestimmten Gütern und Dienstleistungen verkörpert, wird die Logik der entsprechenden Produktion bestimmend. Der Grad der Verzinsung von Fremdkapital hebt diese Anforderungen nicht auf. Die Unternehmenssteuerung durch Kennziffern, die aus internationalen Bilanzregeln (*International Financial Reporting Standards*, IFRS) abgeleitet werden, ändert daran nichts, weil hier nur finanzielle Ziele, die oft nicht erreicht werden (können), definiert werden. Unternehmen produzieren Gebrauchswerte und investieren entsprechend. Wird dabei, wie es die Shareholder-Doktrin suggeriert, so viel Kapital entnommen, dass die Mittel für Abschreibungen und neue Investitionen fehlen, so bedeutet das die Insolvenz oder eine nachhaltige Schwächung. Das kommt vor, kann aber nicht verallgemeinert werden. Dem *Shareholder-Value*-Mythos widersprechen die Ertragslage und Gewinnverwendung deutscher Unternehmen (Bundesbank 2016). Auch sehen wir einen Nettofinanzierungsüberschuss der nicht-finanziellen Unternehmen in der Saldenrechnung der

volkswirtschaftlichen Sektoren. Bei diesen Prozessen der makroökonomischen Finanzialisierung gibt es durch die Größe der Finanzsektoren erhebliche nationale Unterschiede. So sind der Grad der Börsenkapitalisierung und das Gewicht des Finanzsektors an der Wertschöpfung in den USA und Großbritannien viel ausgeprägter als in Deutschland. Das *Varieties-of-Capitalism*-Paradigma (Hall/Soskice 2001) kann diese nationalen Unterschiede verstehen und ermöglicht differenzierte Analysen der Entwicklungen innerhalb des globalen Kapitalismus.

3. Wer fährt Europa an die Wand?

Diese Konstruktion eines global herrschenden und global gesteuerten Kapitalismus, der den Nationalstaaten die Rolle eines „Wettbewerbsstaates“ diktiert, führt bei der Betrachtung der Eurokrise dazu, die Auseinandersetzungen zwischen und in den einzelnen Mitgliedsländern, also die Konflikte innerhalb der europäischen Politik als „Gegenstand von Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen“ (521) zu verstehen. Das ist ein Irrtum. Dieser wird fortgesetzt mit der These, dass die zunehmende „Rechtsentwicklung [...] Ausdruck einer Spaltung innerhalb der kapitalistischen Machtblöcke“ (527) ist. Gemeint ist damit ein Konflikt zwischen der „hegemoniale[n] Fraktion des transnational orientierten, monopolistischen Kapitals“, die Interesse am Fortbestand der EWU hat, und den „schwächeren Kapitalfraktionen“, die auf eine stärker wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik oder die Auflösung der Währungsunion drängen, um wieder Spielräume für eine nationale Geldpolitik zu erhalten (524f.). Hier handelt es sich um zwei weitreichende Verkürzungen. Es wird der bestimmende Einfluss der europäischen Staaten

ausgeblendet. Das führt dazu, dass die politischen Faktoren der Krise der EWU nicht berücksichtigt werden. Zweitens wird politisches Handeln auf die Handlungen von Kapitalfraktionen mit unterschiedlichen Interessen zurückgeführt. Das steht im Gegensatz zu der Notwendigkeit einer relativen Selbständigkeit des Staates gegenüber der Ökonomie. Es markiert zugleich eine Sichtweise, die den Aufstieg des rechten Populismus in verschiedenen europäischen Gesellschaften und in den USA nicht erklären kann. Es kann auch nicht erklärt werden, warum ein Teil der politischen Linken für die Auflösung der Währungsunion ist und für die Rückkehr in ein modifiziertes Europäisches Währungssystem (EWS), um Auf- und Abwertungen nationaler Währungen mit dem Ziel einer Verringerung der großen wirtschaftlichen und sozialen Differenzen zwischen den Mitgliedsländern zu erlauben. Solche Vorschläge kommen nicht aus den „schwächeren Kapitalfraktionen“. Ein mögliches Scheitern der EWU hat mit der Spaltung eines hegemonialen Blocks an der Macht ebenfalls nichts zu tun. Die Eurokrise basiert auf einem unvollständigen Währungsraum, der nicht über institutionelle Ausgleichsmechanismen in der Finanzpolitik und in den Finanzierungsbedingungen der Mitgliedsstaaten verfügt. Das ist durch die Konvergenzkriterien von Maastricht II verhindert worden. Dieser Raum verfügt auch über keine wirksame Koordination der nationalen Lohnpolitiken und der nationalen Systeme der sozialen Sicherung. Die Konstruktion der Zentralbank war so angelegt, dass eine gegen die Krisen wirksame Geldpolitik nicht vorgesehen war und sich die EZB die Kompetenzen für ihre Rolle als Kreditgeber der letzten Instanz ab 2012 nur über den Umweg eines Kaufs von Staatsanleihen über die Sekundärmärkte erkämpfen konnte. Verantwortlich für die

schwere Krise der Währungsunion ist die Verbohrtheit der deutschen Politik. Das beginnt mit der Strategie des Handelsmerkantilismus in der Währungsunion, die zur Vergrößerung der Leistungsbilanzsalden geführt hat, und wird verstärkt durch ein europaweit wirkendes Diktat einer Austeritätspolitik, die eine an Wachstum und Beschäftigung orientierte Wirtschaftspolitik ausschließt. Mit dem Leitbild des von einem hegemonialen Block geführten globalen Kapitalismus lässt sich das nicht erklären.

Literatur

- Binswanger, Mathias (2015): *Geld aus dem Nichts*. Weinheim.
- Detzer, Daniel/Hein, Eckhard (2016): Finance-dominated capitalism and its crisis in Germany: Deep recession and quick recovery – Germany as a role model? In: Truger, Achim u.a. (Hg.): *Monetäre Makroökonomie, Arbeitsmärkte und Entwicklung*. Marburg: 97-112.
- Deutsche Bundesbank (2016): Ertragslage und Finanzierungsbedingungen deutscher Unternehmen im Jahr 2015. In: *Monatsbericht*, Dezember: 57-77.
- Faust, Michael/Kädler Jürgen/Wolf, Harald (Hg.) (2017): *Finanzmarktkapitalismus? Der Einfluss von Finanzialisierung auf Arbeit, Wachstum und Innovation*. Frankfurt/M., New York.
- Hall, Peter/Soskice, David (2001): *Varieties of Capitalism*. New York.
- Keynes, John M. (1936): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*. Berlin 2006.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1917): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: *Lenin Werke*, Bd. 22: 189-309.
- Marx, Karl (1890): Das Kapital, Bd. 1. In: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 23. Berlin 1962.
- (1894): Das Kapital, Bd. 3. In: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 25. Berlin 1983.
- (1863–1868): Ökonomische Manuskripte 1863–1868. In: *Marx-Engels-Gesamtausgabe, MEGA² II.4.3*. Berlin 2012.
- Schumpeter, Joseph (1924): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*. Berlin 1997.
- Voy, Klaus (2016): Realwirtschaft und Finanzwirtschaft in der neueren Krisendiskussion und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: Truger, Achim u.a. (Hg.): *Monetäre Makroökonomie, Arbeitsmärkte und Entwicklung*. Marburg: 183-192.